

Udo Elerd

Oldenburg und das Militär – Aspekte eines Teils der eigenen Stadtgeschichte

Kurzvortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe des städtischen Kulturbüros zum Gedenkstein für Kaiser Wilhelm I. von 1898 auf dem Gelände der ehemaligen Donnerschwee-Kaserne, gehalten am 10. Juni 2021 in den Räumen des Vereins Jugendkulturarbeit e. V., Weiße Rose 1.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Als zu Beginn der 1990er Jahre, nach dem Fall der Berliner Mauer, der Wiedervereinigung und der Auflösung der Sowjetunion, sich durch die Verschiebung der Kräfteverhältnisse auch eine veränderte weltpolitische Lage ergeben hatte, war abzusehen, dass das nicht ohne Folgen für die überkommenen militärischen Denk- und Organisationsstrukturen sein würde. Und dass der Militärstandort Oldenburg, seinerzeit nach Koblenz der zweitgrößte auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik, größere Veränderungen erfahren sollte, lag auf der Hand und ist den meisten von uns noch gegenwärtig – man denke an die umfängliche Truppen-Reduzierung und Umwandlung militärischer Areale im Stadtgebiet zu neuen Wohngebieten, Stichwort etwa Fliegerhorst, das ehemalige Gelände der Clausewitz-Kaserne in Ohmstede oder die Umgebung des heutigen Veranstaltungsortes hier in Donnerschwee.

Meine Damen, meine Herren – wie reduziert sich auch immer das Thema „Militär in der Stadt Oldenburg“ entwickeln und in Zukunft darstellen wird – darüber Prognosen abzugeben, ist hier nicht das Thema. Unberührt davon bleibt andererseits allerdings das Faktum der jahrhundertelangen Militärtradition am Ort, die die Geschicke dieser Stadt und den Alltag ihrer Bewohner begleitet und beeinflusst hat. Ich bedanke mich für die Einladung und damit für die Gelegenheit, einige aus meiner Sicht grundlegende Sachverhalte und Strukturmerkmale zu benennen und zu gewichten, die zum näheren Verständnis der militär- und garnisonsgeschichtlichen Vergangenheit Oldenburgs unabdingbar sind. Wenn am Ende meiner Ausführungen Sie diese nicht nur interessant gefunden haben sollten, sondern wie auch ich zu der Überzeugung kommen, dass Militär- und Garniongeschichte integraler Bestandteil der eigenen Stadtgeschichte ist – umso besser.

Zunächst will ich auf zwei Dinge aufmerksam machen. Erstens: Eine zusammenhängende Darstellung des Militärs und des Militärischen in Oldenburg, kritisch und zugleich modernen Ansprüchen genügend, fehlt bis heute. Welche Rolle der wehrhafte Bürger im Mittelalter und später der im Bürgerquartier untergebrachte Soldat, seit Anfang des 19. Jahrhunderts dann kaserniert, innerhalb des zivil bestimmten Gemeinwesens spielte, ist, wie manch anderer Aspekt der Alltagsgeschichte, kaum untersucht. Gleiches gilt in Bezug auf ökonomische, soziographische und nicht zuletzt mentale Prozesse, die mit der je verschieden starken Präsenz von Militär zu den verschiedenen Zeiten angestoßen wurden. Welches „Klima“ dieses alles – im Wechsel zwischen Akzeptanz und Ablehnung – vor Ort erzeugte, ist für die wenigsten Geschichtsepochen angegangen und eindeutig bestimmt. Erheblichen Erkenntnisgewinn konnte ich, das will ich gern anfügen, aus der beruflich bedingten, langjährigen Beschäftigung mit den einschlägigen Sammlungsobjekten des Stadtmuseums erzielen – darunter auch solchen des ehemaligen, nach dem Ersten Weltkrieg eingerichteten städtischen Kriegserinnerungsmuseums. Dazu aber später.

Der zweite grundlegende Sachverhalt, den es vorab anzuführen gilt, besteht in Folgendem: Die Stadt Oldenburg unterschied sich von der ganz überwiegenden Mehrzahl deutscher Städte darin, dass sie ihr vornehmliches Gepräge nicht etwa durch Handel und Verkehr erfuhr oder durch herausragende Wirtschafts- und Industrieunternehmen, sondern davon, dass sie bis zum Ende der Monarchie 1918 als „Haupt- und Residenzstadt“ fungierte, als Verwaltungsmetropole also mit starken herrschaftlichen Bezügen. Diese waren es im Übrigen, die für die Entwicklung der mittelalterlichen Siedlung (einer unter vielen) zum Hauptort der Grafschaft, später des Herzog- und Großherzogtums in erster Linie verantwortlich zeichneten. Der Preis war die gänzlich politische Abhängigkeit von dem hier residierenden Stadt- und Landesherrn.

Fragt man nun nach den Anfängen der militärischen und garnisonbezogenen Tradition in der Stadt Oldenburg, genauer: den Vorläufern, so muss hier die bürgerliche Wehrhaftigkeit herausgestellt werden. Sie war für das städtische Gemeinwesen existenziell und insofern eine Selbstverständlichkeit. An Pflichten, die

auf jedem Hausgrundstück lagen und die ein jeder Hausvorstand in nachbarschaftlicher Zusammenarbeit zu erbringen hatte, überliefern städtische Urkunden:

- das Reisen, das meint die Pflicht, im städtischen Kriegsaufgebot Heerfolge zu leisten;
- das Wachen, worunter man die Bewachung der Stadttore und der Stadtwälle verstand;
- das Planken, das tätige Mitwirken an der Unterhaltung der Stadtbefestigung;
- das Eisen, was das Eisfreihalten durch Aufhacken der Stadtgräben in Frostzeiten bedeutete, um Feinden und unliebsamen Gästen keinen heimlichen Zugang zu ermöglichen.

Auf eben diese bürgerliche Wehrhaftigkeit hoben die Oldenburger Grafen ab, als sie in der Stadtrechtsurkunde von 1345, mit der sie ihren Residenzort Oldenburg „frei gaben“ und ihm das Recht der Stadt Bremen verliehen, einerseits bestimmten, dass die Stadt sich mit Niemandem verbünden, sondern allezeit bei ihnen, den Grafen, bleiben sollte, und andererseits, wenn die Grafen es für nötig hielten, ihnen mit aller Macht Heerfolge zu leisten hätte. Beides, striktes Bündnisverbot und dezidierte Heerfolge, hatte Konsequenzen für die Folgezeit. Denn die Bestimmungen führten dazu, dass Oldenburg nie die Mitgliedschaft in dem Städtebündnis der Deutschen Hanse anstrebte, geschweige denn tatsächlich Mitglied wurde; und überhaupt auf eine eigenständige „Außenpolitik“ verzichtete. Im Ergebnis jedenfalls war und blieb für alle Zeit die Lage des Machtmonopols und der militärischen Initiative eindeutig beim hier residierenden Stadt- und Landesherrn verortet und wurde, soweit wir sehen, auch von keinem bürgerlichen Selbstbewusstsein infrage gestellt.

Als mit dem Tod Graf Anton Günthers 1667 die Oldenburger Grafen im Mannesstamm ausstarben, fiel die Grafschaft an die verwandten dänischen Könige. In dieser sogenannten „Dänenzeit“, die bis 1773 währte, wurde den Einwohnern der Stadt Oldenburg so recht erst vor Augen geführt, was es hieß, in einer Festung und mit Militär im Bürgerquartier zu leben. Denn das Königreich Dänemark zeigte von Anfang an den Willen, den oldenburgischen Außenposten zu sichern und in sein militärstrategisches Konzept einzubeziehen. In den Jahren zwischen 1732 und 1746 kam es schließlich zum Bau einer neuen riesigen, sternförmigen Festungsanlage, die

dem Stadtkörper Oldenburg und seinem Vorgelände eine bis dahin nicht gekannte Gestalt verpasste.

Mochte der einzelne Bürger sich hinter den Wällen dieses mit Festungsartillerie armierten „waffenstarrenden Sterns“ auch sicher fühlen, die ungewohnte, gewaltige Dimension dürfte ihn ebenso beeindruckt wie daran erinnert haben, dass sie nicht Ausdruck bürgerlicher Wehrhaftigkeit war, sondern staatlicher Interessenlage, obrigkeitlichem Kalkül entsprang. Und als sich dieses durch die Erfahrungen des Siebenjährigen Krieges (1756 bis 1763) mit seinen schnellen Truppenbewegungen und einer weit reichenden Artillerie urplötzlich änderte, wurde die Festung, ebenso rasch und gründlich wie sie errichtet worden war, auch wieder aufgegeben und das Militär massiv reduziert. Das aus der Rückschau verwirrend anmutende System von vorgelagerten Schanzen, Kronwerken, Ravelins, Contregarden, Halbmonden, Retranchements und gedeckten Wegen jedenfalls wurde schlichtweg der Schleifung preisgegeben. Was wir bis vor kurzem anlässlich einer Waschzuber-Regatta oder noch heute bei einem gelegentlichen Wallspaziergang wahrnehmen können, sind kümmerliche Restverläufe der einstigen „dänischen Königsfestung“. – Militärische Belange waren seinerzeit, wie gesagt, Sache des Landesherrn. Und Militär sollte fortan und bis zum Ende der „Dänenzeit“ 1773 keine Rolle mehr spielen.

Das änderte sich zunächst auch nicht mit dem Wiedergewinn staatlicher Selbständigkeit unter den Herzögen aus dem Hause Holstein-Gottorp. Finanzielle Spielräume zum Aufbau eines eigenen Militärs, jenseits des 100 Mann starken herzoglichen Infanteriekorps, der sogenannten „Knobelgarde“, waren gegen Ende des 18. Jahrhunderts unter Herzog Peter Friedrich Ludwig nicht vorhanden. Für ihn stand die Abtragung des ererbten Schuldenbergs im Vordergrund. Außerdem sah er den Schutz seines Territoriums durch eine unzweideutige Anlehnung an das verwandte russische Kaiserhaus hinreichend gewährleistet.

Spätestens zu Beginn des 19. Jahrhunderts, im Zeitalter Napoleons, änderte sich die politische Großwetterlage, indem Außenkräfte auf das Herzogtum mit Nachdruck einwirkten und Oldenburg sich in die Große Politik gestellt sah. Im Ergebnis bewirkten die Erfordernisse der Zeit, Stichwort: unfreiwilliger Rheinbundbeitritt (1808), die Befreiungskriege (1813ff.) und die folgenden Auflagen der

„Bundeskriegsverfassung“ (1821/22) des Deutschen Bundes, dass auch in Oldenburg alles Militärische neu akzentuiert wurde. Hier in den Neuerungen der beiden ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts liegen die Wurzeln von Oldenburgs neuerer Geschichte als Garnisonstadt. Am Weihnachtsabend des Jahres 1813 war eine „Landesherrliche Verordnung“ ergangen, mit der die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und eine Infanterie-Truppe von 1.600 Mann aufgestellt wurde.

Eigens erwähnt seien zwei Personen, die bei der Organisation und dem weiteren Ausbau des Oldenburgischen Militärs eine herausragende Rolle spielten, beide kriegserfahren, aber keine „Haudegens“ im überkommenen Sinne: nämlich Oberst (zuletzt General) Wardenburg und sein Nachfolger, Johann Ludwig Mosle. Beide, an die noch heute Straßen erinnern, waren Vertreter eines neuen Offizierstyps, gebildet und mit akademischen Interessen, der erstere eher volkstümlich, der andere mehr Diplomat. Sie haben im übereinstimmenden zeitgenössischen Urteil durch ihre Persönlichkeit wesentlich zum seinerzeit positiven Bild von Militär und der zunehmenden Akzeptanz allen Militärischen in Stadt und Land beigetragen.

Übrigens stand die Stadt Oldenburg als Kommune nicht abseits in jener Zeit. Die offensichtlich als sehr bedrückend empfundene Gewohnheit der Unterbringung und Versorgung der Soldaten im Bürgerquartier führte 1819/20 zur Errichtung der ersten Kaserne am Pferdemarkt, an der Stelle, die heute von der Landesbibliothek eingenommen wird, und zwar ganz mit städtischen Finanzmitteln. Das ist deshalb erwähnenswert, weil es während des 19. Jahrhunderts, bis zur Errichtung des Rathauses am Markt, nur noch ein einziges von der Stadt allein finanziertes Gebäude zu nennen gibt, nämlich das ehemalige Lehrerseminargebäude an der Wallstraße (das heute von der Polizei als neue City-Wache genutzt wird). Alle anderen bemerkenswerten Bauten dieser Zeit im öffentlichen Raum, zivile wie militärische, sind vom Staat oder vom Landesherrn finanziert worden.

Und in diesem Zusammenhang gibt es eine ganze Reihe zu nennen. Denn indem Großherzog Paul Friedrich August während seiner ganzen Regierungszeit, vom Regierungsantritt 1829 bis zu seinem Tod 1853, gewillt war, die Vorgaben und Auflagen des Deutschen Bundes für sein Herrschaftsgebiet zu erfüllen, setzte er geradezu einen Bauboom in der Residenzstadt Oldenburg in Gang. 1832 erhielt die

Artillerie die bisherige, aber neu hergerichtete Landdragoner-Kaserne in Osternburg nebst Zeughaus zum Quartier; 1836 konnte die Infanterie eine zweite Kaserne am Pferdemarkt beziehen (in der heute das Neue Rathaus untergebracht ist); 1838 wurde das sogenannte Militärhaus (das heutige Standesamt) und ein Militärgerichtshaus errichtet und der Grundstein zum Peter Friedrich Ludwigs Hospital gelegt, das nach Fertigstellung 1841 auch als Garnisonlazarett diente; im Sommer 1840 konnte eine neue Schlosswache bezogen werden und wegen der nötigen Artillerie-Vergrößerung dann auch 1847 eine neue Kaserne an der Ofener Straße, heute das Eingangsgebäude der Jade-Hochschule.

Am Ende der Regierungszeit von Paul Friedrich August fand man in Oldenburg mit dem Militär eine Einrichtung vor, die es hier so noch nie gegeben hatte – und das nicht nur in baulicher Hinsicht. Auf die Stichwörter „Wirtschaftsfaktor“ und „Arbeitsplätze“ kann ich nur verweisen. Von manchem Zeitgenossen – vom zivilen Uniformschneider bis zum Betreiber eines Gastgewerbes, vom Schuster bis zum Friseur – musste das Militär und die Soldaten, die Garnison schlechthin, kaum anders als eine positive Errungenschaft empfunden worden sein. Andere fragten sich dagegen, ob das alles für einen mindermächtigen Staat wie Oldenburg nicht doch zu überdimensioniert geraten sei; ob man Energie und Finanzmittel nicht auf andere öffentliche Bereiche hätte besser lenken können. Darüber zu entscheiden, ist müßig. Die Konstellation war nun einmal so: Dort mit dem Deutschen Bund ein Fürstenbund, der Regelungen formulierte, die ihm seine Existenz sichern halfen – und hier ein Landesherr, der aus eigenem Erleben des Russland-Feldzuges und der Befreiungskriege nun einmal für sich den Schluss auf die Notwendigkeit zur Wehrhaftigkeit gezogen hatte.

Unter dem Strich kann allerdings von einem Militarismus und dem ihn kennzeichnenden Menschenbild in der Regierungszeit Paul Friedrich Augusts auch nicht im Entferntesten die Rede sein: Hier in Oldenburg strebte niemand zur Sonne, und an seinem Wesen sollte auch nicht die Welt genesen. Das sollte sich dann ein paar Jahre später durch die Militärkonvention mit Preußen 1867 grundlegend ändern, als eine andere Einstellung umso ungebremster um sich zu greifen begann.

Zu Oldenburgs Anlehnung an Preußen nur soviel: Die Beziehungen zwischen beiden Staaten waren traditionell gut; oldenburgische Offiziere gingen immer wieder zur weiteren Ausbildung nach Preußen, militärbezogene Anregungen von dort wurden gerne aufgenommen. So fand das sogenannte „Virchowsche Gepäck“, ein in Preußen erdachtes funktionstüchtigeres Uniform-Ausrüstungsteil, bei den Oldenburger Soldaten seinen ersten vollständigen Eingang, und die Einführung der besser den Kopf schützenden sogenannten „Pickelhaube“ geschah schon ab 1843 in Oldenburg als unmittelbar zweitem Staat nach Preußen. In diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben darf der Sachverhalt, dass im Sommer 1852 im nahen Schloss zu Rastede zwischen dem Großherzog und dem preußischen König eben diejenigen Verabredungen getroffen wurden, die dann in dem abgetretenen oldenburgischen Gebiet zur Anlegung eines preußischen Kriegshafens an der Jade führten, der 1868 den Namen Wilhelmshaven erhalten sollte (zeitweise die größte Baustelle Europas).

Von daher verwundert es nicht, dass sich Oldenburg, das Großherzogtum, in der Frage ob „kleindeutsch oder großdeutsch“, also mit oder ohne Österreich im Deutschen Bund, an die Seite Preußens stellte. Das wiederum bedeutete, dass man sich nach dem Deutschen Einigungskrieg von 1866 auf der Siegerseite wiederfand. Während beispielsweise das Königreich Hannover, das sich den süddeutschen Staaten und Österreich angeschlossen hatte, seine Souveränität verlor und preußische Provinz wurde, blieb Oldenburg unbehelligt. Allerdings nicht ganz. Denn im Zuge der Errichtung des Norddeutschen Bundes (anstelle des aufgelösten Deutschen Bundes) wurde Oldenburg – wie die anderen norddeutschen Territorien und Stadtstaaten – veranlasst, seine Militärhoheit zugunsten Preußens aufzugeben.

Die Folgen dieser „Militärkonvention von 1867“ waren für alle sichtbar: Was vorher „Oldenburgische Infanterie“ war, hieß nun in preußischer Nummerierung „Infanterie-Regiment Nr. 91“, die Artillerie firmierte fortan als „Feld-Artillerie-Regiment Nr. 62“ und aus der „Oldenburgischen Reiterei“ war das „Dragoner-Regiment Nr. 19“ geworden. Der Großherzog bekleidete zwar den Rang eines kommandierenden Generals, verfügte aber über keine militärische Befehlsgewalt mehr, war lediglich oberster Dienstvorgesetzter der Soldaten. Auf weitere Einzelheiten aus diesem von 1867 bis 1918 von Preußen dominierten Abschnitt der Oldenburger

Garnisongeschichte will ich nicht näher eingehen, nicht auf die zahlreichen militärischen Neubauten wie die Füsilier-Kaserne, den sogenannten Thomasblock hier in unmittelbarer Nähe, auch nicht auf die neu eingerichteten Dienststellen und Truppenvermehrungen. Die zunehmende und sprichwörtliche „Militarisierung der Öffentlichkeit“ dürfte auch ohnehin nachvollziehbar werden, wenn man sich allein ein paar Zahlen vergegenwärtigt: Im letzten Friedensjahr 1913 hatten die hier stationierten Regimenter eine Etat-Stärke von über 3.500 Mann; weitere elf militärische Dienststellen und Behörden existierten in der Stadt, über die aber keine Gesamtzahlen vorliegen, man schätzt, dass weitere ungefähr 300 bis 400 Personen, Militärangehörige und Zivilangestellte, in ihnen arbeiteten. Bei einer ortsanwesenden Bevölkerung von knapp 30.000 Menschen, damals, noch vor der Eingemeindungswelle der 1920er Jahre, ergibt sich daraus, dass gut 13 Prozent der Einwohner unmittelbar dem Militär zuzurechnen waren. Wie viele darüber hinaus wirtschaftlichen Gewinn aus der Garnison zogen, von der Anwesenheit des Militärs profitierten, ist kaum genau abzuschätzen.

Ein Phänomen aus diesem Zeitabschnitt will ich denn doch noch kurz streifen, das nämlich der Militär- oder Kriegervereine. „Sie schossen“, so ist einmal formuliert worden, „seit der Reichsgründung überall in Deutschland aus dem Boden und entwickelten sich zu einer Massenbewegung, die 1913 fast drei Millionen umfasste.“ In der Stadt Oldenburg gab es davon, neben dem Oldenburger Kriegerbund, dem Dachverband der Kriegervereine im Herzogtum Oldenburg, zehn Stück solcher Art. Ihre Zahl erhöhte sich noch in den 1920er Jahren. Was auch immer den Einzelnen zu einer Mitgliedschaft bewogen haben mochte, die durchweg hohen Mitgliederzahlen einerseits und die rege Teilnahme der Vereinsabteilungen an öffentlichen Veranstaltungen andererseits belegen die allgemeine Akzeptanz dieser Vereine in der Gesellschaft der Vor- und Nachkriegszeit. Herauszustellen ist, dass mit ihnen der wichtigste Ort gegeben war, an dem militär- und garnisongeschichtliche Tradition gepflegt und sichtbar wachgehalten wurde, manchmal mit Vereinsmusik, immer mit Fahne. Der Zweite Weltkrieg und das Ende des Nationalsozialismus hat aus naheliegenden Gründen an diese Form der Traditionspflege nicht mehr anknüpfen lassen.

Und noch einen anderen Ort der militärischen Erinnerung und Tradition will ich anführen, weil seine Existenz in der Zwischenkriegszeit ganz aus dem Gedächtnis der Oldenburger Öffentlichkeit gefallen ist, nämlich das städtische Kriegserinnerungsmuseum. Dass und wie es dazu kam und was es beinhaltete, sei kurz zumindest dargestellt: Wie in anderen Städten, so setzte auch in Oldenburg mit dem Kriegsausbruch 1914 die emsige Tätigkeit der sogenannten „Weltkriegssammler“ ein, die alle Arten von Dokumenten, gedruckte wie fotografierte und dreidimensionale, zu ergattern suchten als „Erinnerungen vom Kriege“. Hauptinitiator scheint der stadtbekannt Seminaroberlehrer Emil Pleitner gewesen zu sein, der den Stadtmagistrat immerhin dazu brachte, dass im heutigen Stadtmuseum eine „Abteilung für Kriegserinnerungen“ eingerichtet werden sollte. Aus diesen zahlreichen Sammlungsstücken, die nach mehreren Zeitungsaufrufen eintrafen, wurde dann eine Ausstellung zusammengestellt, die im Rahmen der „Oldenburger Woche“, quasi der kleine Vorläufer des heutigen Kultursommers, im Mai 1922 im Augusteum an der Elisabethstraße als „Städtisches Museum für Kriegserinnerungen“ eröffnet und bis zum Jahresende gezeigt wurde. Später dann, von 1924 bis 1937 residierte das Kriegserinnerungsmuseum im ehemaligen Wohnhaus des Generals Wardenburg, Huntestraße 6, und zuletzt, von 1938 bis 1945, im Obergeschoss der Francksen-Villa des Stadtmuseums.

Detaillierte Aufzeichnungen von den Sammlungsstücken oder Fotos gar von dem Museum existieren nicht, das Inventarbuch gehört zu den Verlusten der unmittelbaren Nachkriegszeit, als das Stadtmuseum von den kanadischen Offizieren als Clubhaus genutzt wurde. Immerhin lässt sich einem Schriftstück entnehmen, dass aus dem Bestand des Kriegserinnerungsmuseums drei Themenschwerpunkte visualisiert wurden, die sämtlich der Erinnerung an das Infanterie-Regiment Nr. 91 dienten und an seine Gefallenen.

Dass es nach 1945 nicht zur Wiederbelebung des „Kriegserinnerungsmuseums“ kam, liegt nahe und wird niemand bedauern, eher schon, dass in den Nachkriegswirren wertvolles Museumsgut verloren ging, darunter eben auch aussagekräftige Militaria-Objekte wie etwa die Regimentsfahnen. Immerhin gestattet der beträchtliche Rest nach wie vor einen willkommenen, kritischen, vertieften

Einblick in mentale Befindlichkeiten früherer Generationen zu einem von vielen als sperrig angesehenen Thema.

Meine Damen, meine Herren.

Lassen Sie mich zum Abschluss des kursorischen Durchgangs durch das Thema „Oldenburg und das Militär“ noch auf einen Sachverhalt hinweisen, der, wie ich meine, denn doch zu anhaltender Nachdenklichkeit führen sollte: Dass nämlich die Stadt und die Landschaft Oldenburg aufs Ganze gesehen vergleichsweise glücklicher, jedenfalls unbeschadeter als so manch anderer deutscher Landstrich durch die Zeitläufte gekommen ist. Der letzte wirklich einschneidende Schicksalsschlag nämlich, der Oldenburg traf, war keine militärische, sondern eine Naturkatastrophe, die des Großen Stadtbrandes von 1676 nämlich. Wir werden in fünf Jahren hinreichend Gelegenheit haben, dann in einer 350-Jahrfeier uns eindrücklich daran erinnern zu lassen.

Von militärischen Drangsalierungen also ist Oldenburg seit dem Spätmittelalter nicht mehr heimgesucht worden. Ihre Verteidigungsfähigkeit musste die Stadt als dänische Königsfestung bekanntlich kein einziges Mal unter Beweis stellen; von den Auswirkungen des Nordischen Krieges, des Siebenjährigen Krieges und der Napoleonischen Kriege blieb das Gemeinwesen verschont; die deutschen Einigungskriege wie auch der Erste Weltkrieg verheerten andere Regionen; am Ende des Zweiten Weltkrieges, den die Stadt weitestgehend unbeschadet überstanden hatte, konnte sie am 3. Mai 1945 kampflos den Alliierten übergeben werden. Und schließlich die Bundeswehr – die zahlreich hier stationiert gewesene Truppe – musste Gott sei Dank nie zu dem Zweck, zu dem sie einmal aufgestellt worden war, eingesetzt werden. Auch in der Norddeutschen Tiefebene blieb gewissermaßen der Kalte Krieg ein kalter.

Ich knüpfe hieran den frommen Wunsch, dass das Schicksal es weiterhin gut mit dieser schönen Stadt Oldenburg meinen möge und verbinde damit am Ende die profane Hoffnung, dass Sie, meine Damen und Herren, nachdenklich zwar, aber auch, egal wie man zu der Thematik stehen mag, die Überzeugung durch das Vorgetragene gewinnen konnten, dass nämlich Militär- und Garnisongeschichte zu

einem Gutteil auch Kulturgeschichte ist und zugleich als integraler Bestandteil der eigenen Stadtgeschichte wahrgenommen werden sollte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Der Text ist urheberrechtlich geschützt. Anfragen zur Nutzung der Rede oder von Ausschnitten richten Sie bitte an kulturbuero@stadt-oldenburg.de.